

## **Rede zur Jugendkriminalität** (Plenarsitzung vom 24.01.2008)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. – Als Nächster spricht der Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In NRW leben wir immer noch relativ sicher. Trotzdem gibt es jetzt aus Wahlkampfgründen eine durchsichtige politische Kampagne. Was der Brandstifter Koch losgetreten hat, nimmt zum Teil hysterische Formen an. Die Stichworte der aktuellen Debatte, die in Hessen losgetreten wurde, wie Jugendstrafrecht, Warnschussarrest, Erziehungscamps, rasche Ausweisung ausländischer Täter oder Herabsetzung des Mindestalters für den Strafvollzug, zeigen die Absurdität der Vorstellungen vieler Entscheidungsträger in Hessen und in NRW.

Es gibt ein Vollzugsdefizit – keine Frage! Die CDU hat da ein Problem. Aber ein Blick in die USA zeigt, dass ein rigoroses, auf Abschreckung setzendes Strafrecht in keiner Weise dazu beiträgt, die Gewaltbereitschaft zu senken. Dort ist sogar die Todesstrafe üblich. Im Jugendbereich werden selbst Kinder voll zur Verantwortung gezogen. Wozu das führt, offenbart das Risiko, durch ein Gewaltverbrechen zu Tode zu kommen. In den USA ist es zehn Mal so hoch.

Doch wozu dienen dann die von Herrn Koch gemachten und von der Landesregierung teils aufgegriffenen Vorschläge zur Verschärfung des Jugendstrafrechts? Die Phantomdebatte soll die Ängste der Bevölkerung vor gewaltbereiten Jugendlichen schüren und suggerieren, dass die Gewaltgefahr überall und auf jeden lauert. Die Ankündigung von Erziehungscamps soll den Aktionismus der Landesregierung demonstrieren, nach dem Motto: Die tun ja etwas dagegen.

Am schlimmsten aber ist die Hetze gegen junge Menschen mit Migrationshintergrund, um Wählerstimmen zu bekommen.

*(Minister Armin Laschet: Wer macht das denn?)*

– Sie machen das und vor allem Ihr Kollege Herr Koch.

*(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Weder noch! – Gegenruf von Thomas Eiskirch [SPD]: Dann sind das aber Wahrnehmungsstörungen, Frau Ministerin!)*

Er hat eine sehr durchsichtige politische Wahlkampagne losgetreten. Herr Koch suggeriert, der Migrationshintergrund sei schuld und eine Abschiebung sei die einfachste Lösung. An diesem Punkt, Herr Integrationsminister Laschet, vermissen ich Ihre glasklare Distanzierung von den rechtspopulistischen und spalterischen Forderungen des Brandstifters Koch.

*(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])*

Dabei ist die hohe Zahl von Gewalttaten junger Menschen in erster Linie Ergebnis von gesellschaftlicher Ausgrenzung und sozialer Spaltung. Sie hat nichts mit der Herkunft der Jugendlichen zu tun. Das deutsche Jugendstrafrecht setzt daher zu Recht auf Erziehung statt auf harte Strafen. Das Ziel von Sanktionen ist eine Verhaltensänderung beim Jugendlichen und nicht die Höchststrafe. Das ist auch

gut so!

Deshalb ist es erforderlich, alle außerhalb des Strafrechts vorhandenen Mittel auszubauen, die präventiv und reaktiv der Jugendgewalt entgegenwirken. Dazu zählt auch die Aufstockung personeller Ressourcen in der Jugendarbeit, bei den Jugendstaatsanwaltschaften und Jugendgerichten. Warnschussarreste, Höchststrafen, Sicherungsverwahrung sind Maßnahmen, welche die Jugendlichen bereits aufgegeben haben, keinerlei Erziehungsgedanken mehr beinhalten und die Resozialisation von auffälligen Jugendlichen nachhaltig gefährden.

Auch die von der Landesregierung angestrebten Erziehungscamps – ob sie nun von einem geografischen Analphabeten wie Herrn Laschet in Bedburg-Hau oder Neukirchen-Vluyn geplant werden – sind ein Etikettenschwindel, abgesehen davon, dass völlig unklar ist, in welchem Haushaltstitel die von Minister Laschet letzten Donnerstag angekündigten zehn neuen Erziehungseinrichtungen bzw. Erziehungscamps eingeplant sind.

*(Frank Sichau [SPD]: Die bezahlt er aus eigener Tasche!)*

Ein letzter Satz noch: Wichtig sind aus meiner Sicht vor allem verstärkte Prävention, Aufklärung sowie Jugendbildung und besonders die Chance, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben und einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die Linke setzt beim Thema Jugendkriminalität deshalb auf den Ausbau statt auf den Abbau von Jugendhilfeangeboten sowie auf eine andere Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik. Deshalb unterstütze ich auch die Anträge, die von Grünen und SPD gestellt worden sind. – Danke schön.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Sagel. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Laschet das Wort.